

if

Dezember 2011

MAGAZIN FÜR VORARLBERGERINNEN

Die Gewaltspirale
durchbrechen
Initiativen gegen Gewalt



02

Konvention zur Bekämpfung
von Gewalt an Frauen



09

Gewalt an Frauen erkennen,
benennen und dagegen handeln



11

Frauen-Info-Fest 2012



Vorarlberg
Frauen



Historischer Moment für Europa

Ministerkomitee des Europarates verabschiedet Konvention betreffend Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt.

Am 7. April 2011 hat das Ministerkomitee des Europarates die neue Konvention zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt verabschiedet. Die Konvention ist das erste rechtlich bindende Instrument auf europäischer Ebene mit dem Ziel, die Opfer vor Gewalt zu schützen und die Straflosigkeit der Täter und Täterinnen zu beenden. Als einziger bindender internationaler Vertrag verbot bis jetzt die Inter-American Convention on the Prevention, Punishment and Eradication of Violence against Women aus dem Jahr 1994 explizit Gewalt gegen Frauen.

Die äußerst umfangreiche Konvention sieht unter anderem Maßnahmen in den Bereichen Prävention, Betreuung und Hilfe, Rechtsschutz und (zivil- und strafrechtliche) Verfahren vor. Ein weiteres Kapitel ist dem Themenbereich Migration und Asyl gewidmet. Erfasst werden alle Formen von Gewalt gegen Frauen, einschließlich häuslicher Gewalt, von welcher Frauen unverhältnismäßig stark betroffen sind (Zwangs-

verheiratung, Genitalverstümmelung, Stalking, physische und psychologische Gewalt und sexuelle Gewalt etc.).

Zur Kontrolle der Umsetzung der Konvention in den einzelnen Staaten ist die Einrichtung einer internationalen Gruppe von unabhängigen Expertinnen und Experten – «Group of expert on action against violence against women and domestic violence» vorgesehen.

Die neue europäische Konvention wurde im Mai 2011 in Istanbul zur Unterzeichnung aufgelegt.

13 Länder, darunter Österreich, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Island, Luxemburg, Montenegro, Portugal, Slowakei, Spanien, Schweden und die Türkei, haben die Europaratskonvention zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen unterzeichnet. Damit ist die Konvention gültig und muss von den Vertragsstaaten umgesetzt werden.

Infos und Text der Konvention unter: www.coe.int und dann weiterklicken zu den Kampagnen.



Wir alle sind gefordert, die Augen offen zu halten, hinzuschauen und wenn es Anzeichen von Gewalt gibt, Zivilcourage zeigen. Besonders hohe Sensibilität und richtiges Handeln ist beim Erkennen von Gewalt von großer Bedeutung, um nicht noch größere Angst und Zurückhaltung beim Opfer auszulösen.

Landesrätin Dr.ⁱⁿ Greti Schmid

Statement

Historischer Moment für Österreich

Europa erlebte im Mai 2011 einen historischen Moment. Die Europaratskonvention zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen wurde von 13 Ländern unterzeichnet und ist somit gültig. Derzeit kommt die Konvention in die nationalen Parlamente zur Ratifizierung. Rosa Logar, für Österreich als Expertin beim Entstehungsprozess dabei, zeigt im Interview auf, warum die Konvention so neu und wichtig ist.

Warum braucht es – neben aller nationaler Gesetzgebung – eine europaweite Konvention?

Rosa Logar: Es gibt bisher kein europäisches Gesetz zum Schutz von Gewalt an Frauen. Vereinzelt wurden EU-Richtlinien erlassen, wie etwa zum Thema Frauenhandel oder sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Aber die EU ist nicht Europa. Und das europaweite Netzwerk „Wave“ zum Schutz von Gewalt gegen Frauen fordert schon lange ein Übereinkommen, das minimale Standards garantiert.

Wichtig ist dabei, dass die Kluft der einzelnen Maßnahmen nicht zu groß ist, damit diese von möglichst vielen nationalen Parlamenten anerkannt werden können. Seit dem Lissabon-Abkommen ist es auch möglich, dass die EU diese Konvention ratifiziert. Es wird das erste rechtlich bindende Instrument zum umfassenden Schutz gegen Frauen sein.

Welche Rolle haben Sie dabei eingenommen?

Logar: Schon von 2006 bis 2008 war ich in eine Arbeitsgruppe des Europarates gerufen, als eine von acht ExpertInnen im „Comitee Violence against Women“ (Komitee gegen Gewalt an Frauen). Wir haben an verschiedenen Kampagnen gearbeitet und verschiedene Aktivitäten gesetzt. Eine Empfehlung von uns war es, nachdem es immer noch ein hohes Ausmaß an Gewalt gibt, die Konvention zu verabschieden. Dem stimmte der Europarat auch zu und ein Komitee wurde beauftragt, einen Text zu verfassen. Alle 47 Mitgliedsstaaten des Europarates entsandten VertreterInnen, aber auch andere Organisationen und NGO. Ich wurde von der Frauenministerin nominiert, um Österreich zu vertreten.

Sind Sie mit dem Ergebnis zufrieden?

Logar: Es war eine schwierige Aufgabe: 100 Leute aus 50 Ländern mussten sich auf das bestmögliche Ergebnis einigen. In neun Sitzungen arbeiteten wir an diesem großen Projekt. Das Ergebnis ist sehr gut und es begründet einen wichtigen Standard.

In der Konvention werden alle Formen der Gewalt an Frauen thematisiert – sowohl solche an der Person als auch strukturelle ...

Logar: Gewalt an Frauen ist immer eine Form der Diskriminierung. Wir haben einen genderspezifischen Fokus auf die Maßnahmen gelegt, die wir vorschlagen. Nur, wenn wir von umfassender genderspezifischer Politik von Gewalt gegen Frauen sprechen, bleibt die Konvention keine kosmetische Übung.

Wie lange werden sich die nationalen Parlamente jetzt Zeit nehmen, um die Konvention abzusegnen? Wie sieht das in Österreich aus?

Logar: Wir sprechen bei der Konvention auch vom „Istanbul-Papier“. Das aus gutem Grund, denn die Türkei war besonders aktiv am Entstehen der Konvention beteiligt. Damals führte die Türkei auch den Vorsitz im Europarat. 13 Länder, darunter Österreich, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Island, Luxemburg, Montenegro, Portugal, Slowakei, Spanien, Schweden und die Türkei, haben die Europaratskonvention zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen unterzeichnet. Der nächste Schritt in Österreich ist derzeit der, dass im Außenministerium ein Arbeitskreis installiert wurde, der die Aufgabe vorantreibt. Im Innenministerium wird das Formale erledigt und dann geht das Ganze ins Parlament. Österreich könnte eines der ersten Länder sein, die die Konvention absegnen. Das wäre ein schönes Signal, denn Österreich hat viel Know-how in die Entstehung eingebracht.

In der Konvention wurde auch ein starkes Kontrollinstrument vorgesehen. Das heißt, dass mit dem Gremium „GREVIO“

die nationalen Staaten unter enger Beobachtung stehen?

Logar: Das ist der entscheidende Punkt. Unabhängige FachexpertInnen werden die Umsetzung der Konvention überwachen. Die zehn bis 15 Leute bei GREVIO werden von den Mitgliedsstaaten nominiert, auch NGO sollen einbezogen werden. Nächstes Ziel muss aber sein, dass die Konvention von zehn Staaten des Europarates ratifiziert wird. Das soll in den nächsten ein bis zwei Jahren passieren.

Welche Bedeutung hat die Konvention für Österreich?

Logar: Wir müssen beim Thema ganz intensiv dranbleiben. Es gibt hier keine schnellen Resultate. Wir stellen fest, dass es im Lauf der letzten Jahre nicht mehr Diskriminierung und Benachteiligung gab, aber auch nicht weniger. Und die häufigste Form ist immer noch die häusliche Gewalt. Da können wir leider kein Zurückgehen beobachten.

Das heißt, Gewalt ist immer noch hausgemacht?

Logar: Ja, Gewalt wird von Generation zu Generation weitergegeben. Den Betroffenen wird geholfen. Aber was gibt es für die Männer, die Gewalt ausüben? Die Täter finden neue Opfer, da sie sicher kein Schild tragen, das besagt: „Ich bin gewalttätig, gehe mit mir keine Beziehung ein.“ Das heißt für mich ganz klar: Die Opferunterstützung ist für mich der erste Punkt. Aber die Täterarbeit muss die zweite Herausforderung sein: Bewährungshilfe, Antigewalttraining und anderes.



FOTO: LOGAR

ROSA LOGAR, M.A.

Geschäftsführerin der Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie. 20 Mitarbeiterinnen beraten im Jahr zirka 5000 Frauen. Logar war im Auftrag des Europarates von 2006 bis 2008 Mitglied der Task Force to Combat Violence against Women und saß im Auftrag der Frauenministerin von 2008 bis 2010 im Ad Hoc Committee on Preventing and Combatting Violence against Women and Domestic Violence (CAHVIO). Mehr Informationen unter: www.interventionsstelle-wien.at sowie das WAVE-Network: www.wave-network.org

Liebe Leserin, lieber Leser!

Entgegen aller Wunschvorstellungen und Klischees ist die Familie und das Zuhause keineswegs von vornherein ein Ort der Sicherheit und Geborgenheit. Die Dunkelziffer von Gewalttaten innerhalb von Familien oder Partnerschaften ist sehr hoch, da viele der Betroffenen sich scheuen, darüber zu reden bzw. eine Anzeige zu machen. Durch das Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt, das ein Wegweiserecht gegen Gewalttäter aus der gemeinsamen Wohnung beinhaltet, und das Anti-Stalking-Gesetz ist es gelungen, das Thema in alle verantwortlichen Institutionen der Gesellschaft hineinzutragen. Österreich hat 2011 die Europaratskonvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen unterzeichnet und somit einen weiteren Meilenstein im Kampf gegen Gewalt gesetzt.

In Vorarlberg unterstützen Opfereinrichtungen, Beratungsstellen und viele Organisationen Frauen und Betroffene. Gerade Gewalt ist ein Thema, das immer und immer wieder offen angesprochen werden muss, um Tabus aufzubrechen und besser helfen zu können.

Das vorliegende IF ist ein Beitrag zur internationalen Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“, die jedes Jahr vom 25. November bis zum 10. Dezember stattfindet. Diesen Zeitraum nützen Fraueninitiativen um auf das Recht auf ein gewaltfreies Leben aufmerksam zu machen.

Mag.^a Monika Lindermayr
monika.lindermayr@vorarlberg.at

Auf unserer Homepage www.vorarlberg.at/frauen finden Sie die aktuellen Veranstaltungen, Broschüren und Berichte.

15 Jahre Gewalt- schutzarbeit

Mit einer Enquete im Parlament wurden im Herbst die Erfolge von 15 Jahren Gewaltschutzarbeit gewürdigt.

Alle Studien über das Ausmaß von Männergewalt an Frauen zeigen, dass jede vierte bis fünfte Frau zumindest einmal in ihrem Erwachsenenleben körperliche Gewalt erleidet; eine von zehn Frauen wird Opfer sexueller Gewalt. 12 bis 15 Prozent aller Frauen über 16 Jahre erleben Gewalt in der Familie oder in einer Beziehung durch den Ehemann oder Partner. Wichtige Impulse für die Gewaltschutzarbeit kamen auch von der UN-Menschenrechtskonferenz, die 1993 in Wien stattfand. Auf Initiative der damaligen Frauenministerin Johanna Dohnal und in Zusammenarbeit mit Innenminister Caspar Einem wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, an der Frauenhausmitarbeiterinnen, Polizistinnen und Polizisten, Richterinnen und Richter und Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte mitarbeiteten. Ergebnis der gemeinsamen Arbeit war das Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in der Familie, das im Mai 1997 in Kraft trat.

Das Gesetz besteht aus drei Elementen, die aufeinander abgestimmt sind:

- polizeiliche Wegweisung des Täters aus der Wohnung des Opfers für zehn Tage;
 - zivilrechtliche einstweilige Verfügung (EV), die längerfristig Schutz bietet;
 - Unterstützung der Opfer durch die Interventionsstellen gegen Gewalt in der Familie.
- Das Gesetz gegen Gewalt in der Familie wurde 2009 durch das Zweite Gewaltschutzgesetz abgelöst und gilt europaweit als auch international als Vorbild für die effektive Bekämpfung von Gewalt in Familie und Partnerschaft.

Seit der Beschlussfassung des Gewaltschutzgesetzes 1996 hat sich Vieles bewegt, betonten alle Politikerinnen bei der Enquete im Parlament. Dies sei vor allem auf die wertvolle Arbeit der Interventions- bzw. Gewaltschutzstellen zurückzuführen. Die Kooperation von Polizei und Justiz mit Beratungsstellen habe sich dabei als wirksamer Weg erwiesen.

Bündnis gegen Gewalt

Bundesministerium für Inneres bündelt Maßnahmen und Projekte gegen Gewalt

Das Projekt „Bündnis gegen Gewalt“ ist 2010 gestartet worden mit dem Ziel, alle österreichischen Akteure, die sich aktiv für Gewaltprävention engagieren, noch besser als bisher zu vernetzen und so Gewalt nachhaltig zu bekämpfen. Dabei werden polizeiliche, politisch-gesellschaftliche, wirtschaftliche und wissenschaftliche Aspekte berücksichtigt und gemeinsam Lösungsansätze entwickelt. Das Vorhaben wird wissenschaftlich vom Institut für Stressprophylaxe und Salutogenese (ISS) unter der Leitung von Rotraud A. Perner begleitet.

Gleichzeitig wurde die „Koordinierungsstelle gegen Gewalt“ im Bundeskriminalamt eingerichtet, die als Schnittstelle und Drehscheibe für Maßnahmen, Ideen und Initiativen im Kampf gegen Gewalt agiert. „Derzeit

nähern wir uns dem Thema Gewalt sehr unterschiedlich an, die betreffenden Akteure sind oftmals nicht miteinander vernetzt und kommunizieren daher auch nur eingeschränkt“, so die Innenministerin. „Mit dem Projekt wollen wir alle in ein Boot holen und gemeinsam an einem Strang ziehen“, sagt Innenministerin Johanna Mikl-Leitner. Konkret wurden in einer ersten Runde die Bundesministerien und die Landesregierungen eingeladen, ihre Tätigkeiten aufzuzeigen, um einen bundesweiten Überblick erlangen zu können.

Im Herbst 2011 wurden den Bündnispartnern der aktuelle Stand des Projektes, das wissenschaftliche Konzept und zwei Gewaltpräventionsprojekte vorgestellt.

„Bei der Gewaltprävention wird zwischen Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention unterschieden“, erklärt Univ.-Prof. Rotraud Perner das wissenschaftliche Konzept. „Die beiden zuletzt genannten beinhalten ein Reagieren. Primärprävention will hingegen Risikofaktoren benennen und damit Risikoverhalten zuvorkommen, weshalb hier unser Schwerpunkt liegt.“

Noch im Dezember wird das Bundesministerium für Inneres gemeinsam mit dem Kuratorium Sicheres Österreich (KSÖ) unter Einbindung aller betroffenen Organisationen einen Kongress in Wien abhalten.

Informationen über „Bündnis gegen Gewalt“:

www.bundeskriminalamt.at

Plattform gegen die Gewalt in der Familie:

Die 1993 gegründete Plattform ist das einzige österreichweite Netzwerk, in dem derzeit 45 etablierte Beratungseinrichtungen (Vernetzungsträgerinnen und Vernetzungsträger) aus den Bereichen „Gewalt gegen Kinder“, „Gewalt gegen Frauen“, „Gewalt an/unter Jugendlichen“, „Gewalt gegen ältere Menschen“ und „Geschlechtsspezifische Burschen- und Männerarbeit“ im Bereich der Gewaltprävention zusammenarbeiten.

Informationen unter:

www.plattformgegendiegewalt.at

Studie Gewaltprävalenz:

Das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend hat die „Gewaltprävalenz-Studie 2011“ in Auftrag gegeben. Es ist die erste umfassende, repräsentative Untersuchung zum tatsächlichen Gewaltvorkommen in der Alltagswirklichkeit der in Österreich lebenden Menschen. Die Ergebnisse werden im November präsentiert und sind auf der Homepage des Bundesministeriums abrufbar.

Information unter www.bmwfj.gv.at und dann der Link „Familie“ und weiter zu „Gewalt“.

Es gibt keine Rechtfertigung für Gewalt!

Gewalt kommt in allen sozialen Schichten, in allen Nationalitäten und Religionen, allen Familienverhältnissen und in jedem Alter vor. Gewalt tritt unabhängig von Einkommen, Bildungsstand und gesellschaftlichem Status auf. Das typische Opfer gibt es ebenso wenig wie den typischen Täter. Aber fest steht: Es gibt keine Rechtfertigung für Gewalt!

Um Gewalt im familiären Umfeld wirksam zu bekämpfen, gibt es im Land Vorarlberg spezifische Angebote. Die MitarbeiterInnen der IfS-Gewaltschutzstelle, der IfS-FrauennotWohnung, des IfS-Kinderschutzes und der IfS-Prozessbegleitung treten für die Rechte von Opfern ein und bieten diesen Hilfe und Beistand an. Zugleich unterstützt IfS-Klartext Täter darin, ihr Verhalten zu ändern und aus dem Gewaltkreislauf auszubrechen. FEMAIL fungiert als erste Anlaufstelle für Frauen.

Handeln gegen Gewalt in der Familie

Die **IfS-Gewaltschutzstelle**, eine gesetzlich anerkannte Opferschutzeinrichtung, bietet Information, Beratung und Begleitung für Opfer von häuslicher Gewalt. Betroffene erhalten nach Streitschlichtung, Wegweisung, Betretungsverbot, Anzeige oder Verhaftung des Täters Unterstützung, sodass sie geschützt werden und sich wieder sicher fühlen können. Die MitarbeiterInnen sind Ansprechpersonen für Erstinformationen, zur Erstellung eines Sicherheitsplans und zur Einleitung sofortiger Interventionen nach einem Vorfall.

Gewalt ist nie privat!

Frauen und deren Kinder, die Opfer von Gewalt durch ihre Ehemänner, Lebens-

gefährten, Väter, Brüder und Bekannten geworden sind, haben ein Recht auf Hilfe und fachgerechte Beratung. Zuflucht, Unterstützung und eine vorübergehende Wohnmöglichkeit finden misshandelte Frauen und deren Kinder in der **IfS-FrauennotWohnung**. Die IfS-FrauennotWohnung ist telefonisch rund um die Uhr erreichbar und zugleich anonym, was bedeutet, dass die Adresse geheim gehalten und über die im Haus wohnenden Frauen und Kinder keine Informationen weitergegeben werden.

FrauenInformationszentrum FEMAIL

FEMAIL bietet frauenspezifische Information und Beratung und versteht sich als unabhängige Anlaufstelle in Krisen- und Konfliktsituationen. Im Rahmen der Beratung können sich Frauen über ihre Rechte informieren und Unterstützungsangebote kennen lernen. Wir begleiten Frauen bei der Organisation ihres Alltages wie Einkommenssicherung oder Familien- und Berufsarbeit. Im Rahmen von Beratung oder Coaching werden individuelle Strategien der Krisenbewältigung erarbeitet und erste Schritte der Veränderung erwogen. Weiters bieten wir fachärztliche Beratung zur sexuellen Gesundheit.

Schutz von Kindern als oberste Priorität

Kinder, die Opfer von Gewalt oder sexuellem Missbrauch geworden sind, sowie deren Bezugspersonen benötigen einfühlsame und gezielte Beratung und Hilfe. Kompetente und rasche Unterstützung erhalten Betroffene beim **IfS-Kinderschutz**. Von besonderer Wichtigkeit ist es den MitarbeiterInnen dabei, die Opfer anzuhören, ernst zu nehmen und zu unterstützen. Und ebenso wichtig ist es, sexuellen Missbrauch in Zukunft nach Möglichkeit zu verhindern, indem spezielle Maßnahmen ergriffen werden. So setzt der IfS-Kinderschutz auf professionelle Beratung und Prävention, denn der Schutz von Kindern hat oberste Priorität.

Unterstützung im Strafverfahren

Das IfS bietet Gewaltopfern eine kostenlose Prozessbegleitung durch PsychologInnen, SozialarbeiterInnen und JuristInnen/AnwältInnen an. **IfS-Prozessbegleitung** beinhaltet die Beratung, Unterstützung und rechtliche Vertretung während der belastenden Zeit des Strafverfahrens.

Den Gewaltkreislauf durchbrechen

Im Rahmen der Täterberatung **IfS-Klartext** werden gewalttätige Personen darin unterstützt, ihr Verhalten zu ändern, aus dem Gewaltkreislauf auszubrechen und ihre Beziehungen zukünftig gewaltfrei zu gestalten.



Mag. Sabine Kessler, Leiterin FEMAIL FrauenInformationszentrum Vorarlberg

„Die Gewaltfrage ist eng mit dem Zugang zu Ressourcen verknüpft. Damit Frauen den Weg aus der Gewaltspirale finden können, wird in der frauenspezifischen Beratung großer Wert auf das Erfahren einer selbstwirksamen Identität gelegt. In unserer Beratungsarbeit orientieren wir uns am unmittelbaren Bedarf der Frauen und machen uns die Förderung der persönlichen, sozialen und ökonomischen Ressourcen zur Aufgabe.“



Ulrike Furtenbach, Leiterin der IfS-Gewaltschutzstelle

„Häusliche Gewalt ist keine Streitigkeit, sondern ein Unrecht, für das der Gewalttäter zur Verantwortung gezogen werden muss. Die IfS-Gewaltschutzstelle bietet Information, Beratung und Begleitung für Opfer von häuslicher Gewalt. Betroffene erhalten nach Streitschlichtung, Wegweisung, Betretungsverbot, Anzeige oder Verhaftung des Täters Unterstützung, sodass sie geschützt werden und sich wieder sicher fühlen können!“



Dr. Ruth Rüdisserrall, Leiterin des IfS-Kinderschutzes

„Kinder vor Gewalt zu schützen, ist unser zentrales Anliegen, sei es körperliche, seelische oder sexuelle Gewalt oder Vernachlässigung. Wenn Kinder Gewalt erfahren haben, gilt es, die Gewalt zu beenden und die Folgen so gering wie möglich zu halten. Das gesellschaftliche Bewusstsein zum Kinderschutz hat erfreulicherweise stark zugenommen. Der Schutz ist am besten möglich, wenn wir uns untereinander vernetzen und die Verantwortung gemeinsam tragen.“



Mag. Amanda Ruf, Leiterin Amazone

Neben offenkundigen Formen wie tätlicher, sexueller und verbaler Gewalt sind Mädchen in ihrer Einschätzung grenzüberschreitender, subtiler oder offener Gewalt oft verunsichert. Mädchen die Wichtigkeit der Wahrnehmung eigener Gefühle oder der Legitimität, sich abzugrenzen und zu wehren zu vermitteln, ist daher von großer Wichtigkeit. Gewaltpräventive Maßnahmen und Programme des Mädchenzentrums Amazone haben das Ziel Mädchen zu stärken, ihre Kräfte zu aktivieren und somit auch langfristig gegen Gewalt an Mädchen und Frauen zu wirken.



Tanja Kopf, Leiterin der IfS-FrauennotWohnung

„Bei uns können von häuslicher Gewalt betroffene

Frauen mit ihren Kindern zur Ruhe kommen und langsam wieder ein Gefühl für Sicherheit, für Recht und Unrecht entwickeln. Die fachliche Beratung und Unterstützung, auch im Umgang mit den gewaltbetroffenen Kindern, erleben die Frauen als große Unterstützung. Ziel unserer Arbeit ist es, dass Frauen wieder neuen Mut fassen und sich trauen, ihren eigenen Weg zu gehen. Diesen Weg können die Frauen gehen, wenn sie Informationen erhalten, um ihre Rechte Bescheid wissen und ein menschenwürdiges Leben zurückbekommen.“

Gemeinsam ein Stück des Weges gehen

„Den Rohrbruch soll man dort behandeln, wo er entsteht“, sagt der Psychotherapeut Martin Christandl. Er ist seit über 15 Jahren in der Männerarbeit aktiv. Alle Bundesländer sind in der Arbeitsgemeinschaft Männerarbeit Österreich vernetzt.

„Je stressiger unser Alltag wird und je löchriger unser Sozialsystem, desto mehr nimmt die Gewalt zu“, beobachtet Martin Christandl. Der Tiroler sieht klar den Zusammenhang zur wirtschaftlichen Gewalt. „Damit wird die häusliche Gewalt entgrenzter.“ Es komme zu Aktionen, die entgleisen. „Das hat eindeutig auch mit den neuen Medien zu tun und hier braucht es Unterstützung für die Jugend.“

Schärfere Gesetze

Deshalb hat sich die Männerberatung in Tirol auch entschlossen, ihr Beratungsangebot nach unten auszuweiten. Immer wieder kommen junge Männer, die sagen: „Ich bin über mich erschrocken.“ Und noch nie seien österreichweit so viele junge Männer inhaftiert gewesen. Einerseits sind die Gesetze schärfer, aber „auch die Polizei ist inzwischen viel besser geschult“.

Dennoch bleibt für Christandl das Grundproblem, dass es neben dem wichtigen Opferschutz intensive Täterarbeit braucht. Als positives Beispiel stellt er Vorarlberg in den Vordergrund. Dort wird in den nächsten Jahren der Ausbau der Beratungsleistungen für Männer verstärkt werden, um die häusliche und familiäre Gewalt zu bekämpfen.

Verschieden organisiert

Eine Situation, wie sie für Österreich beispielgebend sein könnte, betont Christandl. Jedes Bundesland ist in dem

Bereich anders organisiert. Oft sind die Männerberatungen bei der Caritas angesiedelt, oder sie sind unabhängige Vereine.

Immer aber erfahren die einzelnen Stellen, dass die Situationen ähnlich sind: „Wir haben viel mehr Anfragen um Hilfe, als wir abdecken können“, bedauert Christandl. Hintergrund sei wohl auch, dass man versuche, niederschwellige Angebote bereit zu halten. Das heißt, dass die Männer nicht zugewiesen werden, anonym bleiben und die Beratung auch kostenmäßig gut leistbar ist.

Auch Frauen melden sich bei der Beratungsstelle. Ihnen empfiehlt Christandl dann, nach langen Leidenswegen nichts mehr zu glauben, hart zu bleiben und Konsequenzen zu setzen. „Erst, wenn ein Mann dann in einem kahlen Pensionszimmer sitzt, versteht er manchmal, was er verlieren wird.“ Dabei ist für Christandl die Abgrenzung zur Therapie wichtig. „Wir therapieren dann die Männer nicht, sondern wir zeigen in der Beratung auf, welche Änderung ihrer Verhaltensmuster es braucht.“

Männerberatung

Professionelle, psychosoziale Beratungsangebote für erwachsene Männer und männliche Jugendliche in unterschiedlichen Problemlagen und Krisensituationen.

Männerberatung unterstützt Männer, die

- Schwierigkeiten in der Partnerschaft haben
- die Probleme mit Scheidung und Besuchsrecht haben
- die Wege aus ihrer Gewalttätigkeit finden wollen
- die ein Kind sexuell missbraucht haben
- die selbst als Buben sexuell missbraucht wurden
- die Fragen zu ihrer Sexualität haben
- die beruflich überlastet sind
- die Fragen zu ihrem Vatersein haben
- die mit ihrem Körper und ihrer Gesundheit besser umgehen wollen
- die Probleme mit sich selbst und ihren Gefühlen haben usw.

Infos und Adressen unter:
www.maennerwelten.at

Facts

Die Notfallkarte

„S.I.G.N.A.L gegen häusliche Gewalt“

verweist an psychosoziale Beratungsangebote und liegt in allen Ambulanzen der Krankenhäuser auf. Angst vor mehr Gewalt, finanzielle Abhängigkeit, Scham oder das Nichtwissen, wohin sie sich wenden können, sind einige der Gründe, die Frauen davon abhalten, den gesetzlichen Schutz und die bestehenden Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen. Eine Notfallkarte mit den wichtigsten Adressen soll nun den Zugang zu professioneller Hilfe und Unterstützung erleichtern. Die Notfallkarte wurde in vier Sprachen übersetzt, um auch für Migrantinnen ohne ausreichende Deutschkenntnisse verständlich zu sein. Aufgelegt werden die Notfallkarten in Arztpraxen, Ämtern und verschiedenen Beratungsstellen.



Gewalt an Frauen erkennen, benennen und dagegen handeln

International wird Gewalt gegen Frauen und Mädchen als eines der größten Gesundheitsrisiken für Frauen eingeschätzt, sie hinterlässt seelische und körperliche Verletzungen.

Studien belegen, dass sich Betroffene als erstes an Gesundheitseinrichtungen wenden, noch bevor sie Hilfe durch Beratungsstellen oder die Polizei in Anspruch nehmen. Alarmierend ist die hohe Zahl von Betroffenen. Eine von vier in Europa lebenden Frauen wurde mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von Gewalt durch ihren jetzigen oder ehemaligen Partner.

Im Gesundheits- und Pflegebereich tätige Menschen werden im Laufe ihres Berufslebens sehr oft mit dem Thema Gewalt konfrontiert. Je früher Misshandlungen erkannt und zur Sprache gebracht werden, desto effektiver kann an der Vermeidung und Verringerung der Gewalt gearbeitet werden.

Im Sinne der Früherkennung von physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt nehmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen beim Erkennen von gewaltbedingten Verletzungen und Beschwerden, dem Verlauf der Hilfestellung und der Prävention weiterer Gewalt gegen Frauen und Kinder eine zentrale Rolle ein. Ziel ist es, ihre Handlungskompetenz durch Sensibilisierung und Wissensvermittlung zu erweitern. Effiziente Unterstützung und Versorgung von Frauen und deren Kindern kann mit dieser Initiative gewährleistet werden. Das Projekt S.I.G.N.A.L wird im Auftrag des Frauenreferates der Vorarlberger Landesregierung und von der IfS-Gewaltschutzstelle durchgeführt. Die Gewaltschutzstelle ist eine gesetzlich anerkannte Opferschutzeinrichtung und hat sich zum Ziel gesetzt, im Gesundheitsbereich tätige Menschen für das Thema Gewalt zu sensibilisieren.

2011 wurden sechs Schulungsveranstaltungen an allen Gesundheits- und Krankenpflegeschulen in Vorarlberg und an der Kathi-Lampert-Schule durchgeführt. Die Schulungsmaßnahme fördert das Erkennen von Gewaltsituationen, erklärt Ursachen von Gewalt und deren Folgen. Weiters werden Informationen über die Unterstützungsmöglichkeiten für von Gewalt betroffene Menschen vermittelt.

Leitfaden für Angehörige

Da auch Angehörige und Freundinnen und Freunde von Gewaltopfern einer schwierigen Situation und großen Belastungen ausgesetzt sind, hat

die Vorarlberger Landesregierung gemeinsam mit Graubünden und Liechtenstein den Leitfaden „Wie kann ich helfen?“ herausgebracht. Diese Broschüre soll motivieren, bei etwaigen Auffälligkeiten im familiären oder beruflichen Umfeld genau hinzuschauen und zu reagieren. Sie gibt aber auch Ratschläge, was in solch einer Situation getan werden kann und wie mit der emotionalen Belastung des „Mitwissens“ umzugehen ist. Die Broschüre und die Notfallkarten sind unter der Telefonnummer 05574/511 24112 oder unter frauen@vorarlberg.at beim Frauenreferat erhältlich.



Leitfaden

Herbsttagung der Frauenreferentinnen

Forderungen der Frauenreferentinnen bei ihrer Herbsttagung an den Bund: Werbeverbot, Kennzeichnungspflicht für unrealistische Werbesujets, objektive PatientInnen-Information.

Laut Studie des Wiener Frauengesundheitsprogramms gaben acht Prozent der Frauen über 14 Jahren an, bereits einen Schönheitschirurgischen oder kosmetischen Eingriff hinter sich zu haben. Weitere 25 Prozent können sich vorstellen, eine solche Schönheitsmedizinische Intervention machen zu lassen. Schätzungen zufolge sind es rund 50.000 Schönheitsoperationen pro Jahr, die in Österreich durchgeführt werden.

Um diesem gefährlichen Trend Einhalt zu gebieten, fordern die Frauenreferentinnen ethische Kriterien und Qualitätsstandards für Schönheitseingriffe, standardisierte PatientInnen-Informationsblätter, Beratung als Voraussetzung für einen Eingriff, ein Werbeverbot für Schönheits-OPs in Discotheken, TV-Shows und anderen Medien sowie eine Kennzeichnungspflicht für unrealistisch verfälschte Bilder von Frauen in Werbesujets.

Auf der Tagesordnung stand außerdem die Frauengeneration 50+. Zudem wollen die Landesfrauenreferentinnen genauer unter die Lupe nehmen, wie es um die Einkommenstransparenz in der öffentlichen Verwaltung der Länder und Gemeinden bestellt ist.

Frauen Mut machen

gleich = fair

Die Website www.lohngerechtigkeit.at gibt Informationen und soll Frauen Mut machen. Ungerechte Bezahlung hat auch für die Unternehmen negative Folgen.

Der Equal Pay Day im Oktober war Anlass, die Kampagne zur Einkommensgerechtigkeit zu starten. „Viele Frauen ahnen, dass sie ungerecht bezahlt werden und bringen oft nicht den Mut auf, mehr zu verlangen, oder wissen oft gar nicht, dass sie zu wenig verdienen“, sagte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Auf der Homepage sind Erfahrungsberichte zu finden, Frauenportraits, Diskussionsforen, Aktionstermine, Tipps zu Gehaltsverhandlungen oder es finden online interessante Life-Chatrunden statt.

Ein positives Resümee zieht die Frauenministerin bei den Themen Gehaltstransparenz und Einkommensberichte. Alle Betriebe, die seit Juli Einkommensberichte legen müssen, wurden angeschrieben. Die Hälfte hat freiwillig reagiert und erklärt, dass die Berichte nicht nur erfolgt sind, sondern auch bereits an die Betriebsräte weitergeleitet wurden und einige haben betont, im Falle nicht erklärbarer Lohnunterschiede an der Behebung dieser zu arbeiten.



„Frauen entscheiden – Donne che decidono“

Kärnten, Salzburg und Tirol sind Partnerinnen bei innovativem Interreg-Projekt zur Frauenförderung und -vernetzung.

Ziel des zwei Jahre dauernden Projektes mit der Kurzbezeichnung „DONNE“ ist die Stärkung von Frauen in Entscheidungspositionen im öffentlichen Bereich und die daraus resultierende Erhöhung der Beteiligungsquote von Frauen in Entscheidungsfunktionen.

„DONNE“ zielt auf den Aufbau von Kompetenzen im Bereich E-Plattformen und Web 2.0 ab und ermöglicht so den Austausch von Wissen über E-Plattformen und Kompetenzdatenbanken und bietet die bestmögliche virtuelle Vernetzung über die Landesgrenzen hinaus. Frauen, die bereits Spitzenpositionen innehaben, sollen ihr Wissen und ihre Erfahrung für Nachfolgerinnen und weitere aufstrebende Frauen zur Verfügung stellen und geographische Entfernungen via Internetplattform schmelzen lassen.

Im Oktober fand in Salzburg die Kick-off-Veranstaltung für das Projekt statt. Zu den Projektpartnern zählen neben Kärnten das Amt der Salzburger Landesregierung mit der Stabsstelle für Chancengleichheit, das Amt der Tiroler Landesregierung, die Autonome Provinz Bozen, die Provinz Udine und die Region Friaul-Julisch-Venezien.

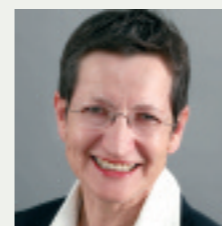
4. Vorarlberger Frauen-Info-Fest 2012 Zum Internationalen Frauentag

Samstag, 10. März 2012, 10.00 bis 14.00 Uhr Landhaus Bregenz

KIRCHENFRAUEN-KABARETT „Uns reicht's – ganz einfach!“ Szenen aus dem bisherigen Programm Landtagsführungen und Ausstellungen und vieles mehr

Information und Beratung geben:

- Frauenreferat der Vorarlberger Landesregierung
- AK Vorarlberg, Büro für Familien- und Frauenfragen
- Antidiskriminierungsstelle des Landesvolksanwalts und Anlaufstelle für Chancengleichheit
- Arbeitsmarktservice, Frauenreferat
- Bäuerinnenorganisation – Landwirtschaftskammer
- BIFO Bildungs- und Berufsberatung
- BPW Business & Professional Women, Club Vorarlberg
- Familypoint
- FEMAIL – FrauenInformationszentrum Vorarlberg
- Frauenmuseum Hittisau
- Frauennetzwerk Vorarlberg
- Frauenreferat der Katholischen Kirche Vorarlberg
- Frauenreferat des ÖGB Vorarlberg
- Frau in der Wirtschaft
- IfS FrauennotWohnung, das Frauenhaus in Vorarlberg
- IfS Gewaltschutzstelle Vorarlberg
- Katholische Frauenbewegung
- Mädchenzentrum Amazone
- Mimosa – Frauenverein für Bildung und Kultur
- Regionalbüro der Anwältin für Gleichbehandlung
- schwanger.li
- Verein Go West
- Vorarlberger Tagesmütter gemn.GmbH



Beratungsangebot stehen beim 4. Vorarlberger Frauen-Info-Fest Austausch, Vernetzung und Unterhaltung auf dem Programm.“

Landesrätin Dr.ⁱⁿ Greti Schmid

„Frauen aller Altersgruppen haben damit wieder die einmalige Gelegenheit, zahlreiche Expertinnen für berufliche, rechtliche sowie persönliche Fragen auf einem Fleck anzutreffen. Neben dem umfangreichen

Statement



Kleine Wunder oder: Die Wunder der Kleinen

BIRGITT DREWES
CHEFREDAKTEURIN

Neulich beim Vorbeischleichen an den ersten Ständen des Christkindlmarktes: Der strenge Geruch des Bratfettes und die nasse Spur des Novemberregens lassen wahrlich die ersten vorweihnachtlichen Gedanken im Keim ersticken. Alle Jahre wieder: die ehrlich verabscheuten Pflichttermine beim Glühwein, das Suchen nach den noch verbliebenen Pflichtgeschenken, die verpflichtenden Weihnachtsessen, die pflichtgetreu geschriebene Weihnachtspost, die in die Pflicht genommene Backrunde für Kekse und Lebkuchen, ... der Pflichtreigen ließe sich schon noch fortsetzen.

Wie mag es bei all den Verpflichtungen gelingen, kleine Wunder zu erleben? Wo uns doch schon von frühen Tagen an die Weihnachtswunder als Sternstunden des jährlichen Alltagsreigens verheißen sind. Wen wundert's, dass eben genau dorthin wieder Hilfestellung gesucht wird, wo wir aufgehört haben, an Wunder zu glauben. Die Schuleinsteigerin, die von ihrer Mutter liebevoll erklärt bekommt, dass wir uns aus Freude über die Geburt des Christus die Geschenke gegenseitig zukommen lassen wollen und sie dann genervt antwortet: „Gut, hab' ich verstanden, aber jetzt schreiben wir endlich den Brief ans Christkind.“ Das täglich heiß ersehnte Öffnen des Adventkalenders, die staunende Freude über die vielen Lichterketten, die gespannte Aufmerksamkeit bei allem, was Weihnachten erahnen lässt. Wie gut, dass wir Alten uns getrost in die wundervolle Welt der Kleinen aufmachen dürfen. Wenn Ihr nicht werdet wie die Kinder ...
Gewaltig großes Versprechen.

IfS-Gewaltschutzstelle

Johannitergasse 6
6800 Feldkirch
Telefon: 05522/82440
E-Mail: gewaltschutzstelle@ifs.at
www.ifs.at

IfS-FrauennotWohnung

Postfach 61
6850 Dornbirn
Telefon: 05572/29304
(erreichbar rund um die Uhr)
E-Mail: frauennotwohnung@ifs.at
www.ifs.at

**FEMAIL FrauenInformationzentrum
Vorarlberg e.V.**

Marktgassee 6
6800 Feldkirch
Telefon: 05522/31002
E-Mail: info@femail.at
www.femail.at

Mädchenzentrum Amazone

Kirchstraße 39
6900 Bregenz
Telefon: 05574/45801
E-Mail:
maedchenzentrum@amazone.or.at
www.amazone.or.at

IfS-Kinderschutz

St. Anna-Straße 2
6900 Bregenz
Telefon: 05574/42890
E-Mail: ifs.bregenz@ifs.at
www.ifs.at

IfS-Klartext

Schillerstr. 18
6800 Feldkirch
Telefon: 05574/46770
E-Mail: klartext@ifs.at
www.ifs.at

Nr. 4/11 Pb.b. Verlagspostamt 6900 Bregenz
Nr. 02Z031539

Bestellungen und Änderungen:
T 05574/511-24136, E frauen@vorarlberg.at
Weitere Infos unter
www.vorarlberg.at/frauen/